

Bezirksamtsvorlage Nr. 168
zur Beschlussfassung -
für die Sitzung am Dienstag, dem 04. Oktober 2022

1. Gegenstand der Vorlage:

Einbringung einer Vorlage - zur Kenntnisnahme bei der
Bezirksverordnetenversammlung
zur Drucksache Nr. 0405/VI, Beschluss vom 16.06.2022 betrifft:

**Corona ist nicht vorbei! Pandemiebekämpfung im Herbst und Winter 2022/23
rechtzeitig planen**

2. Berichtersteller/in:

Bezirksstadtrat Keller

3. Beschlussentwurf:

I. Das Bezirksamt beschließt:

Die beigefügte Vorlage - zur Kenntnisnahme - betrifft „Corona ist nicht vorbei!
Pandemiebekämpfung im Herbst und Winter 2022/23 rechtzeitig planen“ als
Schlussbericht.

II. Bei der Bezirksverordnetenversammlung ist die beigefügte Vorlage zur
Kenntnisnahme einzubringen.

III. Mit der Durchführung des Beschlusses wird der Geschäftsbereich Jugend und
Gesundheit beauftragt.

IV. Veröffentlichung: ja

V. Beteiligung der Beschäftigtenvertretungen: nein

- a) Personalrat: nein
- b) Frauenvertretung: nein
- c) Schwerbehindertenvertretung: nein
- d) Jugend- und Auszubildendenvertretung: nein

4. Begründung, Rechtsgrundlage und Auswirkungen auf den Haushaltsplan und die Finanzplanung:

Bitten wir, der beigefügten Vorlage an die Bezirksverordnetenversammlung zu entnehmen.

5. Gleichstellungsrelevante Auswirkungen:

Keine

6. Behindertenrelevante Auswirkungen:

Keine

7. Integrationsrelevante Auswirkungen:

Keine

8. Sozialraumrelevante Auswirkungen:

Keine

9. Auswirkungen auf den Klimaschutz:

Die BA-Vorlage hat voraussichtlich keine Auswirkungen auf den Klimaschutz. Bei der BA-Vorlage handelt es sich um eine Vorlage rein berichtenden Charakters.

10. Mitzeichnung(en):

Keine

Bezirksstadtrat Keller

Vorlage -zur Kenntnisnahme- über Corona ist nicht vorbei! Pandemiebekämpfung im Herbst und Winter 2022/23 rechtzeitig planen

Wir bitten zur Kenntnis zu nehmen:

Die Bezirksverordnetenversammlung hat in ihrer Sitzung am 16.06.2022 folgendes Ersuchen an das Bezirksamt beschlossen (Drucksache Nr. 0405/VI)

Das Bezirksamt wird aufgefordert, sich gegenüber dem Senat dafür einzusetzen, dass der zusätzliche Personal- und Ressourcenbedarf der bezirklichen Gesundheitsämter für die von allen Fachleuten erwartete nächste Welle der Corona-Pandemie im Herbst und Winter jetzt und nicht erst nach der Sommerpause landesweit bereitgestellt und finanziert ist.

Dazu gehört die Sicherstellung von ausreichend zusätzlichem Personal für die Pandemiebekämpfung in den Gesundheitsämtern, d.h. die Erfassung, Beratung, Meldung und möglichst auch Nachverfolgung von Neuinfektionen im kommenden Herbst und Winter, d.h. bis mindestens Frühjahr 2023.

Dazu gehört außerdem, dass auch für die im Oktober beginnende nächste Kältehilfesaison 2022/23 wieder spezielle Test-, Beratungs- und Unterbringungsangebote für Personen mit erschwertem Zugang zum Gesundheitssystem vorgehalten werden sollen.

Das Bezirksamt hat am 04.10.2022 beschlossen, der Bezirksverordnetenversammlung dazu Nachfolgendes als Schlussbericht zur Kenntnis zu bringen:

In der Sitzung der Bezirksverordnetenversammlung am 19.05.2022 führte Bezirksstadtrat Keller vier verschiedene Optionen für die Fortführung der Pandemiebekämpfung im Herbst 2022 aus. Mit Vereinbarung vom 24.05.2022 stimmte das Bezirksamt einer Verlängerung von 10 befristeten Beschäftigtenpositionen über das Jahresende 2022 hinaus zu.

In allen folgenden gemeinsamen Sitzungen der Gesundheitsstadträt*innen mit der Senatsgesundheitsverwaltung (SenWGPG) wurde eine schriftliche Finanzierungszusage für die in den Bezirken eigenständig verlängerten befristeten Beschäftigtenpositionen durch die Senatsfinanzverwaltung angemahnt und eine Teilnahme an der jeweiligen Sitzung gefordert.

Mit Information in der Sitzung der Gesundheitsstadträt*innen mit der SenWGPG am 09.09. sowie mit Berichterstattung in der Sitzung des Rates der Bürgermeister*innen am 15.09. bzw. der Finanzstadträt*innen am 16.09.2022 wurden die Bezirke in Kenntnis gesetzt, dass für die

Fortführung der Pandemiebekämpfung im Herbst/Winter 2022/2023 insgesamt 300 Vollzeit-äquivalente (VzÄ) für Berlin durch die Landesebene bis zum 31.03.2023 finanziert werden. Dies entspricht einer Anzahl von 25 VzÄ pro Bezirk.

Eine schriftliche Übermittlung dieser Zusage ist bislang nicht erfolgt und wird weiter kontinuierlich sowohl durch Gesundheits- als auch Finanzstadträt*innen von der Landesebene angefordert. Darüber hinaus sieht der Bezirk eine befristete Verlängerung der 25 VzÄ aus nicht verausgabten Personalmitteln bis zum 30.06. vor.

Mit der o.g. Personalausstattung von max. 25 VzÄ im Bezirk Mitte ist in der gegenwärtigen Pandemiesituation keine - wie von der Bezirksverordnetenversammlung gefordert - vollständige Erfassung, Beratung, Meldung und Nachverfolgung von Neuinfektionen im Herbst/Winter 2022/2023 zu gewährleisten. Stattdessen nimmt das Gesundheitsamt Mitte an der berlinweit unter den Amtsärzt*innen - gemeinsam mit dem LAGeSo - verabredeten Strategie der vertieften Stichprobenüberprüfungen teil. Dabei werden dem Gesundheitsamt zugeteilte Stichproben vollständig erhoben, um daraus Schlussfolgerung für die Gesamtpopulation zu treffen.

Auch das Thema der Unterbringung positiv getesteter wohnungs- und obdachloser Menschen ist seit Jahresbeginn kontinuierlich von verschiedenen Gesundheits- und Sozialstadträt*innen an die Landesebene adressiert worden - allerdings bislang ohne Erfolg. Das Gesundheitsamt Mitte hat dabei angeboten - sofern eine Unterbringungsmöglichkeit mit entsprechender medizinischer Betreuung besteht - wieder die Koordination der Transporte und Unterbringung in einer solchen Einrichtung zu übernehmen.

Darüber hinaus bietet das Gesundheitsamt weiterhin eine wöchentliche Impfsprechstunde in der Stadtmission in der Lehrter Straße an - nicht nur für Covid-Impfungen, sondern für alle von der STIKO empfohlenen Impfungen. Weiterhin steht auch die Impfberatung Menschen mit erschwertem Zugang zum Gesundheitssystem über die Hotline zu Verfügung, mit Schwerpunkt auf Geflüchtete aus der Ukraine.

Das Gesundheitsamt organisiert zudem Besprechungen in verschiedenen Einrichtungen im Bezirk, z. Bsp. ASOG-Unterkünfte, um vor Ort zu Covid-19 zu beraten. Für die Einrichtung selbst gibt es Erläuterungen, was zu tun ist bei einem Corona-Ausbruch, für die Bewohner*innen wird die Wichtigkeit der Impfung hervorgehoben, und bei Bedarf auch aktionsweise vor Ort angeboten.

Zudem bietet das Gesundheitsamt Webinare für u.a. ASOG-Unterkünfte an, beispielsweise zum Thema Covid oder zum MPX-Virus. Personal und ggf. Bewohner*innen hören einen Kurzvortrag und anschließend gibt es einen offenen Austausch zu Fragen. Dabei kann das multilinguale Team des Gesundheitsamtes auch mehrsprachig beraten.

Für die Gesamtbevölkerung bietet der Chatbot des Gesundheitsamtes weiterhin eine umfangreiche Covid-Beratung an. Der Chatbot wird kontinuierlich ausgebaut und auf andere Gesundheitsthemen und -angebote des Gesundheitsamtes ausgeweitet. Zudem befindet sich gegenwärtig die Telefonie-Option des Chatbots in der Entwicklungsphase. Eine Pilotisierung ist für November 2022 avisiert.

Mit dem Fokus auf Vernetzung der berlinweit tätigen Akteure, Träger und Einrichtungen findet am 28.10.2022 unter der Schirmherrschaft des Gesundheitsstadtrats ein gemeinsames großes

Arbeitstreffen statt, um die Versorgung von Menschen mit erschwertem Zugang zum Gesundheitssystem zu besprechen und zu koordinieren.

A) Rechtsgrundlage:

§ 13 (1) i.V. mit § 36 BezVG

B) Auswirkungen auf den Haushaltsplan und die Finanzplanung

a. Auswirkungen auf Einnahmen und Ausgaben:

Keine

b. Personalwirtschaftliche Auswirkungen:

Keine

C) Auswirkungen auf den Klimaschutz

Keine

Berlin, den

Bezirksstadtrat Keller

Stellv. Bezirksbürgermeister Gothe